

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 62 (1983)
Heft: 1

Artikel: Gleichgültigkeit nimmt zu
Autor: Hartmann, Horst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339962>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sen zur Zukunft der Linken.» Es geht dabei um Arbeitszeit, um die produktive Arbeit, bzw. nicht-produktive Nicht-Arbeit. Die Thesen von Gorz haben den Widerspruch von Robert Schediwy herausgefordert. Beide Beiträge sind äusserst lesens-

wert und sollen nach dem Willen der Herausgeber eine Diskussion auslösen. L'80, die Zeitschrift die mindestens vier Mal jährlich erscheint, kann bei der L'80-Verlagsgesellschaft mbH, Deutz-Kalker-Strasse 46, 5000 Köln 21, bestellt werden.

Was Rote Revue-Leser interessiert

Bei der Redaktion eingegangene Bücher

Klaus Traube/Otto Ullrich, Bilingualer Atomstrom? Wie die Interessen der Elektrizitätswirtschaft die Energiepolitik bestimmen. *rororo/aktuell* Nr. 4947

Walter Jens (Hrsg.) In letzter Stunde. Aufruf zum Frieden. Kindler Verlag, München

Schweizer Bankwesen und Sozialethik, Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, von Hans-Balzar Peter, Hans Ruh und Rudolf Höhn. Teil I und II.

Risotto + Rote Geschichten. Unveröffentlichte Texte vom 7. und 8. Literaturfest. Herausgegeben vom Bildungsausschuss der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich.

Gesundheitspolitik und Patientenrechte. Materialien der SPS-Kommissionen für Sozialpolitik und Grundrechte. Herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Albert Anderes. Humanismus in der Schweiz. Theorie und Praxis der Gegenwart, Verlag Ratio Humana.

Deutsche Gedichte, ausgewählt und eingeleitet von Karl Krowlow. Zwei Bände. Insel Verlag, Frankfurt.

Stöff Weber, Um den Blinden zu sehen... Gedichte. Brennes-Verlag, Richterswil.

Ute Philippeit/Silke Schwartau. Zuviel Chemie im Kochtopf? *rororo* Sachbuch Nr. 7670.

Horst Hartmann

Gleichgültigkeit nimmt zu

Das Unbehagen an den politischen Parteien in der Bundesrepublik wächst. Deutlichstes Signal für diese Entwicklung ist die Erschütterung des bisherigen Drei-Parteien-Systems durch Grüne und Alternative. Politikwissenschaftler befürchten überdies eine wachsende Distanz zu den staatlichen Institutionen und eine weitere Verlagerung von Aktivitäten in Richtung Bürgerinitiativen, die den etablierten Parteien seit Jahren die Schau stehlen.

Thomas Ellwein, Vorsitzender der deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft, vertritt die Auffassung dass die Zahl derjenigen zunimmt, die kein positives Verhältnis mehr zur Politik der Parteien haben. Dazu wäre anzumerken: die Gruppe politisch engagierter Bürger

Willis W. Hermann. Gangbare Wege in die Zukunft? Verlag Darmstädter Blätter.

Werner Koch. Sollen wir weiter beobachten? Ein Leben im Widerstand. Im Radius Verlag, Stuttgart.

Gustav-Heinemann-Initiative: **Frieden — Aufgabe der Deutschen**. Radius-Verlag Stuttgart.

Jurij Trifonow, Zeit und Ort. Roman über ein Schriftstellerleben im Russland von heute. Bertelsmann Verlag, München.

Susanne Miller/Heinrich Pott-
hoff, **Kleine Geschichte der SPD**, 1848–1980. Verlag Neue Gesellschaft GmbH, Bonn.

(Die Redaktion hält sich die Besprechung einzelner Titel vor.)

ist ohnehin klein. 50 Prozent aller Bürger in der Bundesrepublik lehnt ein politisches oder soziales Engagement ab, 20 Prozent treten zwar für eine Mitarbeit an öffentlichen Einrichtungen ein, sind aber zu persönlicher Mitarbeit nicht bereit.

Weitere 14 Prozent bejahen sie, aber betätigen sich nicht aktiv. 16 Prozent erklärten in sozialen (sieben Prozent) oder politischen (sechs Prozent) Organisationen mitzuarbeiten. Wenn, so folgert Ellwein, der Teil der Desinteressierten am Gemeinwohl wächst, kann das zu einer «mangelnden Stabilität» der Demokratie führen. Woher kommt nun diese schleichende Abwertung politischer Institutionen?

Entscheidungen in Länderparlamenten, bei denen Bürger einer Region besonders betroffen worden sind, wie beim Bau von Atomkraftwerken oder Entsorgungsanlagen, haben den Verdross über die schon von Tocqueville beklagte «Tyrannei der Mehrheit» bis zur Rebellion erhöht. Die verantwortlichen Regierungsparteien waren oft nicht dazu fähig oder willens, beunruhigte Bürger von der Notwendigkeit getroffener Entscheidungen zu überzeugen und stützten sich lieber auf Polizeieinsätze, was bürgerkriegsähnliche Situationen heraufbeschwor. Das wiederum erhöhte bei einem Teil der Betroffenen die Bereitschaft zur Gewaltanwendung.

In der autoritären Durchsetzung unpopulärer Mehrheitsbeschlüsse liegt nicht zuletzt die Legitimationskrise des Parlamentarismus. Verstärkt wird diese Tendenz durch die Schwierigkeiten der Parlamentarier, sich gegenüber dem mächtigen Druck der Industrielobby und der Ministerialbürokratie durchzusetzen. Beamte mit oder ohne Parteibuch empfinden Forderungen von Politikern als lästig und neigen zu einem ungestörten routinierten Verwaltungsablauf.

Da in Länderparlamenten und im Bonner Bundestag Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes nahezu die Hälfte der Abgeordneten stellen, entsteht fast zwangsläufig ein Interessenkonflikt von Legislative und Exekutive auf Kosten der Bürger. Auf die Dauer gibt es nur ein wirksames Mittel, um diese Situation zu ändern. Die Zahl der Beamten in Parlamenten muss auf ihren Anteil an den Berufstätigen drastisch reduziert werden. Leider haben alle Bundestagsparteien in den letzten Jahren dieses heisse Eisen nicht mehr aufgegriffen. Gleichzeitig bedarf es neuer Initiativen der Parlamentarier. Sie

müssen mehr als bisher wichtige und konfliktträchtige Planungen der Verwaltung von Anfang an mitbestimmen, dürfen sich nicht von vollendeten Tatsachen überrollen lassen. Das bequeme Schielen nach demoskopisch ermittelten Mehrheitstendenzen lässt Entscheidungen konformistisch erscheinen, wenn auf die nötige Überzeugungsarbeit verzichtet wird. Parlamentarier dürfen der Exekutive keine Handlangerdienste leisten. Stattdessen wäre es besser, mehr Hearings zu verlangen, um den Informationsvorsprung der Beamten wettzumachen.

Die Kontrolle der Verwaltung darf sich nicht in gelegentlichen Untersuchungsausschüssen erschöpfen, die zudem stets erst dann eingesetzt werden, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Was an Behördenwillkür möglich ist, zeigt ein Beispiel aus Niedersachsen. In Hannover besteht nicht einmal ein Petitionsausschuss. Als der Verband die Referendare kürzlich berechnete Einwände gegen ein neues geplantes Ausbildungs- und Prüfungsreglement erhob, wurde er monatelang hingehalten und schliesslich mit zwei Sätzen abgespeist. Die Einwände wurden vom Landtag als erledigt betrachtet, weil inzwischen die Ausbildungsordnung geändert worden war. Arroganter hätte auch die kaiserliche Justiz im Jahre 1912 nicht reagieren können.

Wo die politischen Perspektiven undeutlicher werden und verblassen, steigt dafür die Flut neuer Gesetze. Dahinter verbirgt sich der Hang der Bürokratie, sich mit einer nahezu perfektionistischen Handhabe gegenüber dem Bürger durchzusetzen. Warum werden Behörden nicht dazu verpflichtet, im Zweifelsfall die Interessen der Bürger und nicht die des Staates wahrzunehmen? Letzten Endes entscheidet sich die

Einschätzung der Demokratie für den Wähler an der Haltung der gewählten Volksvertreter, die seine berechtigten Interessen gegenüber Behörden schützen.

Vertreter reformistischer Parteien, ob Sozialliberale, Sozialdemokraten sind dabei mehr gefordert als Vertreter bürgerlich-konservativer Parteien, die alte Denkstrukturen nur ungern aufgeben und den Bürger insgeheim für unmündig halten. Wenn diese Erkenntnisse aber nicht beherzigt werden, wird die Gleichgültigkeit gegenüber den Parlamenten zunehmen.

Leserecho

Konfusion ist kein Programm

Eine Antwort an Rudolf Bahro

Schon oft habe ich mich gefragt, was es für einen Sinn haben soll, in der Schweiz, einem neutralen, keinem der Machtblöcke angehörenden Land ungekürzt und unverändert Propaganda für eine nukleare Abrüstung nachzudrucken, die auf die besonderen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zugeschnitten ist. Die Zeitschrift, die das tut, wird dadurch zu einer Art Hilfsorgan einer Gruppierung, die an der SPD, der natürlichen Verbündeten der SPS, herummäkelt und sich aus eigener Machtvollkommenheit die Bezeichnung «Friedensbewegung» zugelegt hat, womit sie offenbar sagen will, dass alle, die andere Ansichten haben, Kriegshetzer sind. Das letzte und sonderbarste Produkt dieser Art ist Rudolf Bahros Ruf nach «Sicherheit für die Menschen» (Rote Revue Nr 11/1982). Ein redaktionelles Nachwort bescheinigt